

DER EXPORTMEISTER

Was notwendig ist, um den Wohlstandstreiber
Exportwirtschaft anzukurbeln, zeigt die Industrie.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



AUSBLICK

Strategie gegen
den Fachkräftemangel

Seite 4



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Schlüsseltechnologie
der Zukunft

Seite 5



STEIERMARK

Positive Wachstumsprognosen
für die Steiermark

Seite 10

Warum die Mercosur-Chance nicht verpasst werden sollte

Statt reflexartiger Kritik sollten wir die Möglichkeiten des Mercosur-Abkommens für Wirtschaft und Klimaschutz (!) stärker in den Fokus rücken – für Europa und die Länder Südamerikas.

Über kaum ein Handelsabkommen wird intensiver diskutiert als über jenes zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Dabei geht oft unter, dass es um deutlich mehr geht als um Steaks aus Argentinien oder Brasilien. Kann es gelingen, handelspolitische Notwendigkeiten mit geostrategischen Interessen und berechtigten Anliegen für den Klimaschutz in Einklang zu bringen? Für Österreichs Industrie überwiegen die Vorteile des Vertrages, auf dessen Grundsätze sich beide Seiten vor rund zwei Jahren verständigt haben.

Weniger Handelshürden, mehr Arbeitsplätze

Statt Freihandelsabkommen aus ideologischen Gründen zu verdammen, braucht es eine sachliche Abwägung der Chancen und Risiken: EU-Exporte in den Mercosur-Raum sichern in Österreich rund 32.000 Arbeitsplätze. Mehr als 1.400 rot-weiß-rote Unternehmen sind mit über 260 Niederlassungen vor Ort tätig, schon jetzt ist die heimische Handelsbilanz positiv. Der im Abkommen vorgesehene Abbau von 91 Prozent der Zölle über 15 Jahre könnte für exportierende EU-Unternehmen eine Zollersparnis von vier Milliarden Euro pro Jahr bringen. Positiv wirken würde zudem die Reduktion weiterer Handelshürden, wie einfachere Produktzertifizierungsverfahren



Mehr als 1.400 österreichische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit den vier Mercosur-Staaten. EU-Exporte nach Mercosur sichern laut Berechnungen der Europäischen Kommission rund 32.000 Arbeitsplätze in Österreich.

oder ein besserer Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt.

Für Österreich kann der Mercosur-Vertrag laut Wifo einen Anstieg aller heimischen Ausfuhren um mehr als zwei Prozent bringen. Das würde den Erfahrungen aus der Vergangenheit entsprechen: Der Abbau von Handelshürden hat bisher immer zu Exportsteigerungen geführt und damit zu mehr Wachstum und steigender Beschäftigung. Beispiel CETA: Trotz Corona war der bilaterale Handel

zwischen EU und Kanada im Jahr 2020 um 15 Prozent höher als 2016, bevor das Abkommen in Kraft getreten ist.

Umweltschutz durch internationale Zusammenarbeit

Selbstverständlich müssen Bedenken um Umwelt und Klima ernst genommen werden. Der Amazonas-Wald muss erhalten bleiben! Daher enthält der Mercosur-Vertrag eine klare Verpflichtung zum Pariser Klimaabkommen, zur Aufforstung des Regenwaldes

und zum Vorgehen gegen illegale Brandrodungen. Gleichzeitig muss die Frage gestellt werden: Wie können wir andere Regionen ohne internationale Kooperation davon überzeugen, Standards im Umwelt-, Sozial- oder Lebensmittelbereich auf europäisches Niveau zu heben? Statt mahrender Worte oder Abschottung braucht es mehr Zusammenarbeit und konkrete Unterstützung, um das Klima zu schützen oder Armut zu bekämpfen. Zudem fehlt in der öffentlichen Diskussion der geostrategische Aspekt. Die Welt erlebt derzeit einen Wettlauf um die besten Handelsbedingungen. Europa könnte als erster bedeutender Wirtschaftsraum ein Freihandelsabkommen mit Mercosur abschließen – und damit neue Geschäftsmöglichkeiten nutzen und somit Vorteile gegenüber anderen Wettbewerbern sichern. Nach jahrelangen Verhandlungen sollte die EU zu ihrem Wort stehen und nicht aus fadenscheinigen Gründen den Vertrag einseitig aufkündigen. Das würde der Reputation Europas als zuverlässigem Partner schaden.

Die Welt dreht sich weiter und wartet nicht auf Europa. Es ist daher zu hoffen, dass die Handelspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer verantwortungsvoll die Interessen der Menschen in Europa und Österreich abwägt und vertritt sowie Europas Rolle in der Welt stärkt.

GASTKOMMENTAR

War es das mit der Globalisierung?

Endlich Ende. Das Corona-Tal scheint durchschritten. Alle Blicke sind nach vorne gerichtet. Aber das, was kommt, wirft viele Fragen auf. Ganz eindeutig ist nur eine Antwort.

Musste das alles so kommen? Der Zusammenbruch der Wirtschaft, der Kollaps der Globalisierung, die Selbstzerstörung einer auf Profitmaximierung fokussierten Konsumgesellschaft. Standen wir nicht ohnehin schon an der Klippe – und Corona gab nur den entscheidenden „Schubser“?

„Eine beschleunigte Oberflächlichkeit entwertet vielfach die Gegenwart, weil sie schon gestern nicht mehr am Stand von morgen war.“

Fragen wie diese poppten schon kurz nach Beginn der pandemischen Restriktionen auf. Sie stehen noch im Raum – auch wenn kritische Rückblicke in Zeiten optimistischen Nachvorneschauens nicht en vogue

sind. Das liegt vor allem auch am Marketingtalent der Zukunft. Sie verkauft sich als verheißungsvolles Versprechen. Als Arena des Aufbruchs. Als Bühne der Besserung. Nur: Was ist das Narrativ des Neuen?

Der tradierte Erzählfluss ist abgerissen. Eine Polarisierungsdynamik hat Platz gegriffen, die die Erfolgsgeschichte der Globalisierung hinterfragt. Deren Kernthese, dass – wenn Waren, Arbeit, Kapital und Personen möglichst ungehindert zirkulieren können – der Wohlstand wächst, weil jeder seine Stärken ausspielen kann, stößt auf Widerspruch. Auch wenn die Statistik dagegenhält. So ist mit wachsender Globalisierung die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, seit den 1980er-Jahren gesunken: laut Weltbank von 37 auf derzeit 8,5 Prozent. Global betrachtet ist die Schere zwischen Arm und Reich damit nicht auseinandergegangen. Sie hat sich geschlossen.

Was wäre überhaupt die Alternative? Protektionismus? Regionalisierung? Gerade für eine kleine Exportnation wie Österreich, in der jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt durch den Außenhandel generiert wird und ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung durch ausländische Endnachfrage bestimmt wird, würde das den Ausnahmezustand wohl nur verlängern. Ja, das Überdenken



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs „Fakt und Faktor“. Zuvor war er für „Die Presse“ und „Kleine Zeitung“ tätig.

weltweiter Vernetzung, das Knüpfen weniger komplexer Lieferketten, die Reduktion von internationalen Abhängigkeiten ist ein Gebot der Stunde. Aber in einer Volkswirtschaft, die derart – von Rohstoffen über Vorprodukte bis zu Absatzmärkten – vom Ausland abhängt, wäre zu viel Dorfidyll und Kirchplatzdenken wenig hilfreich.

Es ist Hauptaufgabe der Politik, diesbezüglich eine gerechte Ordnung zu schaffen, um tatsächlich gestärkt aus der Krise herauszugehen. Schafft sie das? Schwierig! Die Pandemie hat schonungslos Schwachstellen offengelegt. Es hapert beispielsweise an lebenswichtigen Strukturen für Innovationssysteme – nämlich, dass die Schnittstellen zwischen privatem und

öffentlichem Sektor gut und zeitgemäß aufgestellt sind. Da liegt noch immer viel im Argen. In den politischen Institutionen dominiert von der EU-Ebene über nationale Parlamente bis hin zu Gemeindestuben ein komplexer „Clash of interests“ aus Ideologien und Interessen.

Dazu kommen allgemeine Heraus- und Überforderungen wie die Digitalisierung, die unser Bewusstsein neu formatiert hat. Die Art des Erwerbs, der Weitergabe und der Speicherung von Wissen hat sich – beschleunigt durch Corona – verändert. Es herrscht eine neue Qualität der Flüchtigkeit. Es gibt eine Verdichtung unfassbarer Vielfalt. Es dominiert eine Vereinfachung komplexer Zusammenhänge. Diese beschleunigte Oberflächlichkeit entwertet vielfach die Gegenwart, weil sie schon gestern nicht mehr am Stand von morgen war. Aber muss man deswegen gleich kampflös ins Exil der Kapitulation emigrieren? Sicher nicht. Denn eines ist fix: Die Zukunft kommt. Ganz losgelöst von den Prognosen unseres Untergangs.

WEBTIPP

Seit Juni erhalten „Fakt & Faktor“-Abonnentinnen und -Abonnenten die wichtigsten Beiträge exklusiv vorab via Newsletter zugeschildt. www.faktundfaktor.at

Gemeinsam in die Zukunft

Für einen starken Aufschwung braucht Österreich mehr Anpacker und weniger Anpatzer. Ein vernunftbasierter, sachlicher politischer Diskurs muss Teil der Normalität nach Corona sein.

Die Corona-Krise hat Menschen und Unternehmen in den vergangenen 16 Monaten alles abverlangt – und tut dies zum Teil immer noch. Trotzdem gibt es gute Gründe, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die Öffnungsschritte haben die Konsumlaune gestärkt und die Situation am Arbeitsmarkt verbessert. Der produzierende Sektor wird heuer mit fünf Prozent wachsen. Die Unternehmen glauben an die Zukunft und investieren wieder am Standort.

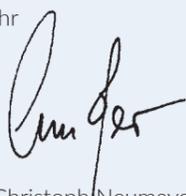
Die Verantwortungsrolle des servindustriellen Sektors war und ist in dieser Situation eine doppelte: Auf der einen Seite haben die Industriebetriebe und ihre Partner auch in Lockdown-Zeiten für Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesorgt. Gleichzeitig haben wir aktiv an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Weg aus der Krise mitgewirkt. Maßnahmen, wie die Investitionsprämie, die Kurzarbeit-Regelung oder der Ausbau der FH-Plätze für mehr digitales Know-how in Österreich, liefern nun entscheidende Impulse für einen starken, nachhaltigen Aufschwung. Dieser sollte jetzt im Mittelpunkt nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Geschehens stehen.

Denn es kann nicht sein, dass in der Wirtschaft die Anpacker und in der Politik die Anpatzer den Ton angeben. Bei allem Verständnis für parteipolitische Notwendigkeiten und politisch hart geführte Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung und vice versa muss klar sein: Ständige Anzeigen, Anklagen und „Schmudeldkampagnen“ führen die politische Kultur

ins Abseits. Permanente Skandalisierung unterminiert das Vertrauen in eine erfolgreiche Krisenbewältigung – und in den Standort. Gerade für eine Exportnation wie Österreich ist die Außenwahrnehmung ein relevanter Standortfaktor.

Jetzt sollte und muss gemeinsame Zuversicht im Mittelpunkt stehen, um Österreich nach der Krise wieder nach vorn zu bringen. Der Comeback-Plan, der Wiederaufbauplan für Österreich oder die angekündigte Standortstrategie der Bundesregierung setzen durchaus die richtigen Schwerpunkte, die aber nun konsequent umgesetzt werden müssen. Die Industriellenvereinigung bringt sich hier mit dem Know-how und der Erfahrung ihrer Mitgliedunternehmen, die in die IV-Industriestrategie eingeflossen sind, aktiv ein. Zugleich müssen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit – Digitalisierung und Energiewende – ideologiefrei und richtig gestalten. Davon hängen Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen ab.

Das alles braucht einen vernunftbasierten, sachlichen politischen Diskurs. Auch er muss Teil der gemeinsamen Normalität nach Corona sein, damit Aufschwung, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land wieder normal sind.

Ihr


Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Zu den bestehenden Technologien kommen ständig neue dazu und damit entstehen auch neue Geschäftsmodelle. Besonders interessant sind beispielsweise die Künstliche Intelligenz (KI), Blockchain oder die Robotik. Wer hier einen Vorsprung hat, kann weltweit erfolgreich sein.“

Christian Federspiel
Geschäftsführer Cloudflight GmbH



„Unternehmertum und privatwirtschaftliches Engagement sind in Österreich zu wenig positiv besetzt. Unser Wohlstand und unsere Zukunftsfähigkeit hängen aber an kreativen und innovativen Unternehmerpersönlichkeiten, die mit hohem Einsatz und Risikobereitschaft im Team mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Markt erfolgreich sind und die Globalisierung als Chance begreifen.“

Axel Kühner
CEO Greiner AG



„Innovation ist die Lebensversicherung für jedes Unternehmen.“

Philipp Blum
Geschäftsführer Julius Blum GmbH

G
N
Z
U
N
G
I
N
M
E
I
N
E
N
-
U
N
T
E
R
N
E
M
E
N

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 14. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

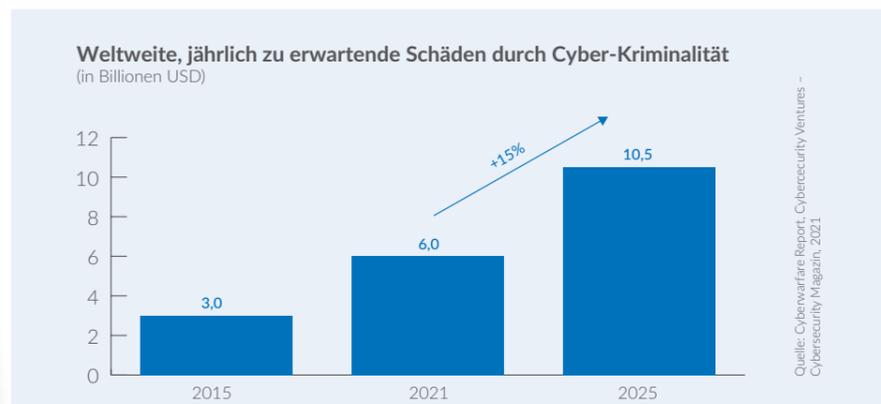
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Nachrichten über Cyberangriffe auf Unternehmen, Industrie und die Verwaltung sind in den vergangenen Jahren alltäglich geworden. Cyberangriffe können folgenschwere Auswirkungen auf Unternehmen haben – aber auch auf deren Kunden, Partner, Angestellte und damit letztlich auf das Betriebsergebnis. Vor der Corona-Krise 2019 wurden weltweit weniger Cyberangriffe gemeldet als noch im Jahr zuvor, kumuliert stiegen die Schäden dennoch

an und gingen in die Milliardenhöhe. Für das Jahr 2025 werden weltweit Schäden in Höhe von über 10 Billionen US-Dollar erwartet. Allein 2021 beläuft sich der wirtschaftliche Schaden durch Cyberangriffe in Österreich auf rund 6 Mrd. Euro. Hier gilt es gegenzusteuern, etwa durch ein echtes Kompetenzzentrum, eine nationale Know-how-Basis. So ist zum Beispiel Estland nach einem massiven Cyberangriff 2007 erfolgreich diesen Weg gegangen.



ZAHL DES MONATS

3.700

Mit dem Studienjahr 2022/23 stellt der Bund insgesamt 347 zusätzliche Fachhochschul-Anfängerstudienplätze zur Verfügung. Diese neuen Studienplätze werden sich erneut auf den MINT- und den Digitalisierungsbereich konzentrieren. Dazu gehören unter anderem Data Science, Wirtschaftsinformatik, Automatisierung, Künstliche Intelligenz und die Cyber-Security.

Alles in allem erhält der FH-Sektor durch den FH-Ausbauplan von 2019/20 bis 2024/25 mehr als 3.700 Studienplätze im MINT-Bereich dazu. Für die Industrie ist positiv, dass das Erfolgsmodell Fachhochschule weiter gestärkt wird. Die thematische Schwerpunktsetzung auf den MINT- und Digitalisierungsbereich ist gesamtwirtschaftlich gesehen dringend notwendig und erfüllt daher eine langjährige Empfehlung der Industrie.

Warum eine umfassende Strategie gegen den Fachkräftemangel nötig ist

Die IV entwickelt weitreichende Vorschläge für eine Verbesserung der Fachkräftesituation und der Lehrausbildung.

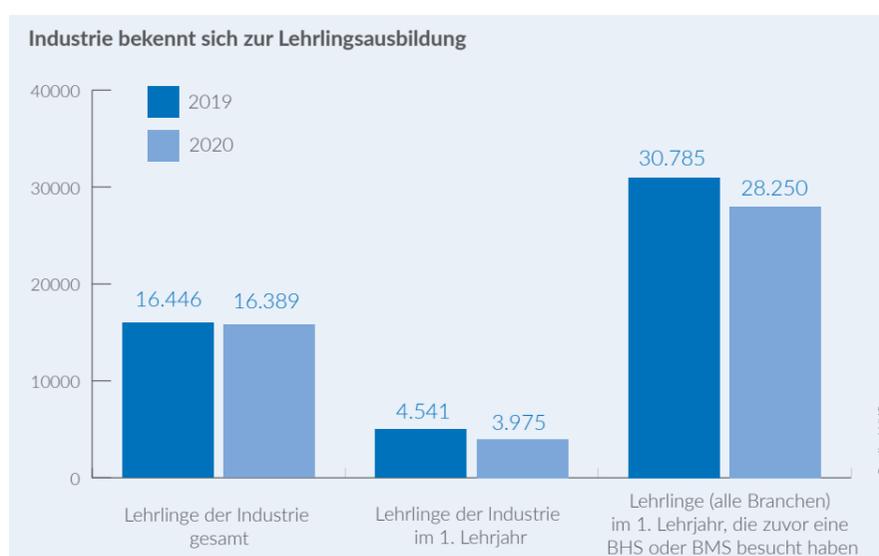
Die Verfügbarkeit von Fachkräften zählt zu den entscheidenden Herausforderungen für Österreichs Industrie. Nach der Corona-Krise, aber auch schon davor und zum Teil sogar währenddessen. Das Problem ist nicht mit einem einfachen Aufrechnen von Arbeitslosen und offenen Stellen zu beantworten. Der Bedarf der Industrie bewegt sich auf vielen Ebenen: Er reicht vom Lehr- bis zum Hochschulabschluss, mit dem größten Mangel bei Ersterem (Qualifikationsebene) und betrifft insbesondere Mechatronik, Elektrotechnik, Informatik sowie Maschinenbau (fachliche Ebene). Neben den fachlichen Kenntnissen braucht es u.a. auch IT-Grundkompetenzen, die Offenheit für den Austausch über fachliche und organisatorische Grenzen hinweg und gute Englischkenntnisse (Kompetenzebene). Nicht zuletzt kann die Konjunktur (z.B. durch eine Pandemie) oder technologische Innovationen (z.B. für den Klimaschutz) die Rahmenbedingungen sehr schnell ändern.



Konkrete Empfehlungen: „Skill Agency“ & Fachkräftestrategie

Angesichts dieser Komplexität braucht es umfassende und gemeinsame Antworten: Wie etwa der IV-Vorschlag einer „Skills Agency“ oder „Fachkräfteagentur“. Diese soll Empfehlungen dafür aussprechen, was z.B. Unternehmen, Bildungsanbieter oder das AMS zur zukunftsgerichteten Fachkräfteentwicklung beitragen können. Oder der Ruf nach einer österreichweiten Fachkräftestrategie, die eine abgestimmte Weiterentwicklung der Ausbildungsbereiche, der Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden, der beruflichen Wahlmöglichkeiten von Frauen oder der gesteuerten Zuwanderung von Schlüsselkräften umfasst. Dafür müssen Zuständigkeitsgrenzen überwunden und eine gemeinsame Vision entwickelt werden.

Die Lehrausbildung spielt eine entscheidende Rolle für die Industrie. Allerdings fehlte es an Bewerbungen in der Corona-Zeit – ausgelöst durch die strategische Vorsicht vieler



Der Anteil der BHS- und BMS-Schüler, die nach Ende der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle antreten, ist Corona-bedingt gesunken, weil viele mit einem oder mehreren Fünfern aufsteigen konnten. Gerade in industriestarken Regionen suchen Unternehmen Lehrlingskandidaten.

Jugendlicher und deutlich weniger Umstiege aus BHS und AHS aufgrund der milderer

Aufstiegs Klausel. Anfang Juni musste man noch von rund 1.000 Lehrstellen ausgehen,

die die Industrie nicht oder nur schwer besetzen kann. Besonders gesucht wird für Elektro- und Metallberufe, aber auch Kunststoff- und Holztechnik- oder IT-Lehrberufe.

Eingangsphase in Lehrausbildung

Neben der Rückkehr zur üblichen Aufstiegs Klausel gewinnt dadurch eine weitere IV-Empfehlung deutlich an Gewicht – nach einer qualitätsvollen und verbindlichen Eingangsphase in die Lehrausbildung. Diese soll für interessierte junge Menschen den Wechsel aus BHS oder AHS als aktuell häufigsten Einstieg in eine Lehre obsolet machen. Eine laufende IV-Studie mit über 10.000 Jugendlichen wird dafür diesen Sommer weitere Belege bringen und Gestaltungsmöglichkeiten für den Einstieg aufzeigen. Mit dem Drehen an dieser und ein paar weiteren Stellschrauben (Lehre mit und nach Matura, höhere Berufsbildung etc.) wird der Boden für eine nachhaltige Imageverbesserung und zukünftige Imagekampagnen zur Lehrausbildung aufbereitet.

EU will attraktiver für Fachkräfte werden Ab Juli gibt es zwei Kurzarbeitsmodelle

Die Weiterentwicklung der „Blauen Karte EU“ soll wichtige Erleichterungen für die Anwerbung hochqualifizierter Personen außerhalb der EU bringen.

Im Mai einigte sich das Europäische Parlament mit dem portugiesischen Ratsvorsitz auf eine neue Fassung der „Blauen Karte EU“. Künftig soll damit die Mobilität zwischen den EU-Ländern deutlich vereinfacht werden, die Arbeitserlaubnis für Familienangehörige leichter zugänglich sein und die Gehaltsschwelle gesenkt werden. Außerdem sollen Inhaber der „Blauen Karte“ ihren Job innerhalb der ersten zwölf Monate einfacher wechseln können. Insbesondere für Berufe in Informations- und Kommunikationstechnik sollen Anerkennungen von Fähigkeiten vereinfacht werden. Dass sich nun hochqualifizierte Personen mit internationalem Schutzstatus ebenfalls für eine „Blaue Karte“ bewerben können, stellt ein weiteres Novum der neuen Fassung der Richtlinie dar. Neben dem europäischen Zuwanderungsschema bleiben nationale Programme wie

die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ erhalten. Somit können EU-Länder auch weiterhin auf nationale Besonderheiten und spezielle Anforderungen flexibel reagieren. Die finale Zustimmung zur Novelle wird für Herbst erwartet. Aus Sicht der Industrie ist die Weiterentwicklung des europäischen Zuwanderungsregimes für Hochqualifizierte ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Europa. Damit wird der Wirtschaftsraum EU – und nicht nur Einzelstaaten – deutlich attraktiver für dringend benötigte Fachkräfte. Um dem Ziel der verstärkten Fachkräftegewinnung näher zu kommen, bedarf es darüber hinaus zusätzlich innovativer Modelle der gesteuerten legalen Migration. Denkbar und begrüßenswert wären internationale Bildungs- und Ausbildungspartnerschaften und damit verbunden aktive Anwerbung in Drittstaaten.

Nach intensiven Verhandlungen – unter Einbindung der Industriellenvereinigung – hat die Bundesregierung im Juni präsentiert, wie die Kurzarbeit ab Juli geregelt werden soll.

Nach der Phase 4 der „Corona-Kurzarbeit“ werden zwei Modelle mit verschiedenen Bedingungen angeboten: Eine „Corona-Kurzarbeit“ für besonders von der Pandemie betroffene Bereiche (z.B. Nachtgastronomie, Stadthotellerie oder Luftfahrt) und ein Übergangsmodell für die anderen Betriebe.

Aus Sicht der Industrie ist die erzielte Einigung auf ein Übergangsmodell und ein Modell für besonders stark betroffene Branchen ein sinnvoller und sachlich richtiger Weg. Diese Lösung kann und wird

einen Beitrag dazu leisten, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen gezielt zu unterstützen. Für die IV war entscheidend, dass es möglichst rasch klare Rahmenbedingungen für Betriebe sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die kommenden Monate gibt. Das zuständige Arbeitsministerium hat angekündigt, dass es sich auch in der nächsten Kurzarbeitsphase bei den Abläufen an den bisherigen Corona-Regelungen orientieren wird, um die Bürokratie gering zu halten. Weitere Informationen zum Thema Kurzarbeit finden IV-Mitglieder in ihrer IVTopApp.

IV-UPDATE

Künstliche Intelligenz (KI) – die Schlüsseltechnologie der Zukunft

Digital.Erfolreich.Industrie. | Teil 2

Das Potenzial von KI und den dadurch entstehenden Geschäftsmodellen wird noch nicht voll ausgeschöpft. Die IV-Task Force Digitalisierung und Künstliche Intelligenz hat sich damit beschäftigt, wie Österreich zu den Besten aufschließen kann.

Mikro- und Nanoelektronik, Photonik oder fortschrittliche Fertigungstechnologien sind nur einige Beispiele für Schlüsseltechnologien. Dabei geht es nicht nur um deren Anwendung und Entwicklung. Vielmehr muss auch im Fokus stehen, wie die zukünftige Technologieführerschaft und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas abgesichert werden kann.

In Österreich setzen Großunternehmen, aber auch einige Hidden Champions, auf zuverlässige und robuste KI-Lösungen. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Potenzial von KI und neuen Geschäftsmodellen noch nicht ausgeschöpft wird. Nur sechs Prozent aller heimischen Unternehmen nutzen Big Data – europäische Spitzenreiter, wie die Niederlande, kommen auf dreimal so hohe Werte.

Aufholbedarf bei Big Data

Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits fehlt es noch an breitem Wissen über Möglichkeiten und Potenziale. Andererseits haftet der KI-Technologie oftmals ein negatives Image an. Bekannt ist etwa die jahrhundertalte Sorge, fortschrittliche Technologien würden Arbeitsplätze vernichten. Bisher war das Gegenteil der Fall. Konkreter Aufholbedarf besteht etwa bei der Verfügbarkeit von hochwertigen Datensätzen für die Entwicklung fortschrittlicher KI-Modelle im Bereich



der Cloudnutzung – nur 38 Prozent der heimischen Industrieunternehmen nutzen Big Data, schwedische und finnische Unternehmen kommen auf über 70 Prozent.

Bis zum Jahr 2030 am Standort mehr als 100 Unternehmen als KI-Weltmarktführer etablieren und Österreich als international anerkannten KI-Forschungshotspot weiterentwickeln: Dieses Ziel formuliert der IV-Aktionsplan „DIGITAL.ERFOLGREICH. INDUSTRIE. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“. Um das zu erreichen, ist ein Schulterschluss zwischen Politik und Unternehmen nötig.

Rechtliche Klarheit notwendig

So muss der Staat etwa rechtliche Klarheit bei der Anwendung von KI-Lösungen schaffen – konkret bei Datenschutz, geistigem Eigentum oder der Haftung bei Schäden. Ein positiver erster Ansatz ist der kürzlich präsentierte KI-Rechtsrahmen der

Europäischen Kommission. Bis zu dessen Geltung werden aber noch Jahre vergehen. Darüber hinaus sollten unter anderem zur Stärkung des Wissenstransfers KI-Förderprogramme forciert, kollaborative Projekte und Stiftungsprofessuren realisiert werden.

Neben der Politik sind auch die Unternehmen gefordert: Sie sollten ihre Expertise im

Bereich Daten, KI und neue Geschäftsmodelle ausbauen sowie eigene KI-Strategien entwickeln und umsetzen. Zudem sollten unternehmensübergreifende KI-Communities gebildet werden. Das könnte den Wissensaustausch zwischen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette sowie mit der Wissenschaft fördern.

Die Vorreiterrolle im Bereich der Schlüsseltechnologien entscheidet über den Weg von Österreichs und Europas Industrie in eine erfolgreiche Zukunft. Dafür ist rasches Handeln erforderlich, denn die Konkurrenz schläft nicht.

#INDUSTRIE-FACT

Der Anteil Europas an der Marktkapitalisierung der größten 70 Tech-Unternehmen beträgt heute 4 Prozent, jener der USA 73 Prozent und jener Chinas 18 Prozent laut der internationalen Wochenzeitung „economist“.

WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „Digital. Erfolreich. Industrie. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ finden Sie zum Download unter: www.iv.at

Handlungsschwerpunkte für ein digitales Österreich 2030+

- Rechtssicherheit bei KI-Lösungen
- Kooperationen und KI-Forschungsförderprogramme
- Engagement in internationalen KI- und Dateninitiativen (GAIA-X)
- KI-Blueprint in öffentlichen Unternehmen und Verwaltung
- Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur

Der Traum von der weltweiten Steuergerechtigkeit

Unternehmen sollen künftig primär dort Steuern zahlen, wo sie Umsatz und Gewinn machen. Vor- und Nachteile eines solchen Modells wollen aber gut bedacht sein.

Weltweit agierende (Internet-)Konzerne, die weniger Steuern in Österreich zahlen als der sprichwörtliche „Greisserler ums Eck“ – das ist eines der Argumente für eine „gerechtere“ Unternehmensbesteuerung, deren Verfechter vielfach auf eine globale Lösung setzen. Mit der neuen US-Administration hat die Debatte um einen weltweiten Mindeststeuersatz von um die 15 Prozent für Unternehmen sowie um eine Neuordnung der Besteuerungsrechte wieder an Fahrt aufgenommen.

Wo ein Unternehmen Umsätze und Gewinne erwirtschaftet – also in den „Marktstaaten“ –, soll es auch Steuern zahlen. Die physische Anwesenheit vor Ort soll kein Kriterium mehr sein. Was mehr Steuereinnahmen verspricht, könnte sich aber für kleine, exportorientierte Volkswirtschaften als Bumerang erweisen.

Österreich als möglicher Verlierer

Viele heimische Unternehmen sind äußerst erfolgreich im Export – und zahlen hier ihre Steuern. Das könnte sich ändern, wenn Steuern dort zu entrichten sind, wo die Produkte

abgesetzt werden. Große Exportnationen, aber kleine Märkte – wie Österreich – würden so auf der Verliererseite stehen. Denn dann würden etwa große US-Unternehmen zwar hier mehr Steuern zahlen. Ob das den Verlust an Steueraufkommen durch heimische Betriebe aufwiegen könnte, bleibt aber fraglich. Was jedenfalls vermieden werden muss, ist ein bürokratisch aufwendiges Nullsummenspiel oder eine Doppelbesteuerung. Nationale Maßnahmen zur Gewinnverschiebung oder auch die österreichische Digitalsteuer müssten ersatzlos gestrichen werden. Auch die Frage, ob Umsatz oder Gewinn

besteuert werden sollen – die IV plädiert für Letzteres – ist unbeantwortet.

Umsetzung wird dauern

Wenn es also auch im Sommer auf OECD-Ebene zu weiteren Einigungsschritten kommen könnte, sind zahlreiche Details noch ungeklärt. Grundsätzlich ist eine internationale Lösung – wenn sie politisch gewünscht wird – besser als ein „Fleckerlteppich“ an nationalen Lösungen. Angesichts der Komplexität eines weltweit einheitlichen Besteuerungsmodells ist es aber wohl noch ein weiter Weg bis zu dessen Verwirklichung.



Export stärken!

Vom Erfolg unserer Unternehmen auf internationalen Märkten hängt die positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs entscheidend ab. Umso wichtiger ist jetzt die gezielte Stärkung der heimischen Exportwirtschaft – auch mit neuen Instrumenten.



Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die österreichische Exportquote beträgt 53 Prozent, das heißt mehr als die Hälfte des heimischen Wohlstands wird auf internationalen Märkten erwirtschaftet. 1,7 Mio. Menschen arbeiten in Österreich in exportorientierten Unternehmen – damit hängt beinahe jeder zweite Arbeitsplatz direkt am Welthandel. Und vor der Corona-Krise (2019) hat die Steuerleistung der exportorientierten Produktionsunternehmen enorme 8,25 Mrd. Euro betragen. Leistungen, die für Österreich mehr denn je unverzichtbar sind. „Die hohe internationale wirtschaftliche Verflechtung Österreichs sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Vom zukünftigen Erfolg heimischer Betriebe auf internationalen Märkten hängt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft ab“, sagt IV-Präsident Georg Knill.

Mehr vom Aufschwung profitieren

Dafür braucht es noch attraktivere Rahmenbedingungen für heimische Exporteure sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

„Je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland.“

Georg Knill
IV-Präsident

ter. „Das gilt für die nationale Ebene, wo wir die Wettbewerbsfähigkeit stärken und damit die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen für den erfolgreichen Export unterstützen. Wir brauchen aber auch eine aktive europäische und nationale Handelspolitik sowie zusätzliche exportstärkende Maßnahmen“, unterstreicht IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Das alles ist umso wichtiger, als Österreich und Europa vom internationalen Aufschwung nach Corona deutlich mehr profitieren sollen. Die USA und China sprinten nämlich gerade Europa mit einem Anstieg von voraussichtlich sechseinhalb bis achteinhalb Prozent davon. Österreichs Wirtschaft wird heuer um 3,4 Prozent und 2022 um 4,2 Prozent

wachsen – und damit Ende 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen, prognostiziert die OECD. Die wichtigsten Maßnahmen der Industriellenvereinigung zur Stärkung des Exports auf einen Blick:

Marktzugang verbessern

Dafür sollen weitere EU-Handelsabkommen abgeschlossen werden. „Ein möglichst engmaschiges Netz aus EU-Handelsabkommen unterstützt intakte Lieferketten und somit auch die Rohstoffversorgung“, sagt IV-Präsident Knill. Das Investitionsabkommen EU-China sollte trotz des aktuellen Stillstands in Kraft gesetzt werden – ebenso das Abkommen zwischen EU und Mercosur. Auch die Gespräche mit den USA über ein transatlantisches Wirtschaftsabkommen sollten wiederaufgenommen werden, so Knill. Ein wichtiges aktuelles Anliegen ist der Industrie die Aufhebung von Corona-bedingten Reiserestriktionen und Landeverboten.

Fairen internationalen Wettbewerb schaffen

Das Pariser Klimaschutzabkommen muss seitens aller Teilnehmer konsequent realisiert werden. „Gleichzeitig müssen die EU und Österreich sich aber dafür einsetzen, dass weltweit gleichwertige Ziele bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durchgesetzt werden. Die Ambitionen Chinas, der USA, der EU und anderer Industriestaaten sollten angeglichen werden“, argumentiert IV-Generalsekretär Neumayer. Neben der WTO-Reform mit wieder funktionierenden Schiedsgerichten sind der Industrie auch Maßnahmen zur Verhinderung erzwungener Technologietransfers ein wichtiges Anliegen. Aktivitäten der OECD gegen Überkapazitäten, etwa im Stahlbereich, müssen ebenso am Programm stehen wie neue Gremien von OECD und WTO für mehr Versorgungssicherheit mit kritischen Produkten weltweit. Der EU-Marktzugang für massiv subventionierte drittstaatliche Unternehmen soll beschränkt werden können.

Exporte in Österreich unterstützen

Die Exportförderung erfordert aus Sicht der Industriellenvereinigung aber auch in Österreich weitere Bemühungen. Dafür werden aktuell in der IV konkrete Vorschläge entwickelt. Klar ist, dass die Exportförderung in Form von Garantien und Versicherungen durch die Oesterreichische Kontrollbank AG langfristig sichergestellt sein muss, da sie das wirksamste Instrument der direkten Exportförderung ist. Angedacht werden kann so etwa die erhöhte Übernahme des Risikos von Bankgarantien für exportierende Unternehmen sowie auch steuerliche Begünstigungen für Exporteure. Zudem sollen ungebundene Kredite verstärkt eingesetzt

werden. Neumayer: „In einem Rahmenabkommen mit einem anderen Staat oder Unternehmen sollen Kreditlinien flexibler vergeben werden können als aktuell. Der Kreditnehmer soll animiert werden, österreichische Produkte zu erwerben.“ Ebenso zu überlegen ist: Die Finanzierung von Warenlieferungen in Wachstumsmärkte ist oftmals Basis für das Zustandekommen eines Auftrags. Daher sollte für einige Staaten das staatliche Haftungsvolumen erhöht werden – etwa für Ägypten, Ukraine, Pakistan und Nigeria. Ohne den gesamtstaatlichen Haftungsrahmen zu überschreiten. Der staatliche Rahmen für Exportförderungen beträgt aktuell 40 Mrd. Euro, 31 Mrd. Euro davon sind ausgeschöpft.

Rohstoffversorgung sichern

Nachdem exportierende Betriebe vielfach von internationalen Lieferketten und Roh-

„Die EU und Österreich müssen sich dafür einsetzen, dass weltweit gleichwertige Ziele bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durchgesetzt werden.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

stoffen abhängig sind, ist auch die Rohstoffversorgung ein wichtiges Thema für exportierende Unternehmen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, plädiert die IV für u.a. eigene EU-Rohstoffabkommen mit rohstoffreichen Ländern, die Absicherung von Rohstofflieferungen im Rahmen von EU-Handelsabkommen mit rohstoffreichen Staaten und die Sicherstellung einer verantwortungsvollen Gewinnung von Rohstoffen in Österreich und der EU.

IV-Präsident Georg Knill: „Je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland. Die gezielte Stärkung des Exports ist ein Gewinn für ganz Österreich.“

JE FAIRER DER WETTBEWERB, DESTO GRÖßER SIND UNSERE CHANCEN

INTERVIEW



Karin Exner-Wöhrer, Vorsitzende des IV-Ausschusses Europa und Internationale Märkte, über Prioritäten für die Exportpolitik.

Wie präsentiert sich das Lagebild für Österreichs Exportwirtschaft?

Die Corona-Pandemie hat Österreichs Außenwirtschaft schwer getroffen, Exporte und Importe sind 2020 jeweils um 15 Prozent eingebrochen. Einzelne Bereiche waren durch die Pandemie wesentlich stärker in Mitleidenschaft gezogen als während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009. Im Februar hat die Erholung eingesetzt: Zuwächse gab es bei den Exporten vor allem in die asiatischen Länder mit +29 Prozent nach China und +26,6 Prozent nach Japan. Die Exportschlager waren medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse mit einem Plus von 10,4 Prozent. Wir sehen, dass sowohl die Exporte als auch die Importe schon wieder einigermassen an das Vorkrisenniveau angeschlossen haben.

Die USA und China gewinnen wirtschaftlich massiv an Fahrt. Wie können Österreich und die EU bessere internationale Rahmenbedingungen für ihre Exporteure schaffen?

Österreich bzw. die EU muss sich auf internationaler Ebene in der WTO, der OECD sowie der UNO und bei internationalen Finanzinstitutionen für eine Politik einsetzen, die faire Wettbewerbsbedingungen schafft. Je fairer der Wettbewerb, umso größer ist das Exportpotenzial

heimischer Betriebe, die für Qualität und Spitzentechnologie stehen. Im Gegenzug gilt: Je mehr Protektionismus, desto ungleicher die Chancen. Österreich muss gemeinsam mit ähnlich gesinnten Staaten in

„Um faireren Wettbewerb herzustellen, muss die EU ihr Gewicht als einer der erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt in die Waagschale werfen.“

Karin Exner-Wöhrer
Vorstandsvorsitzende
SAG Salzburger Aluminium Group

den internationalen Organisationen Position beziehen. Um faireren Wettbewerb herzustellen, muss die EU ihr Gewicht als

einer der erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt mit einem attraktiven Binnenmarkt in die Waagschale werfen.

Was kann die EU konkret dafür tun?

Gut gemachte Handelsabkommen spielen dabei eine essenzielle Rolle. Denn sie öffnen Märkte und schaffen Wachstum. Für gleiche Wettbewerbsbedingungen muss die EU außerdem eigenständig Maßnahmen setzen. Wenn internationale Verhandlungen ins Stocken geraten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Industriestrategie der Europäischen Kommission, wonach massiv subventionierten Unternehmen aus Drittstaaten der Marktzugang zum EU-Binnenmarkt limitiert werden kann.

Und was soll die österreichische Exportpolitik tun?

Um unsere Betriebe besser zu unterstützen, sind neue Akzente in der nationalen Exportförderpolitik sinnvoll, wir arbeiten diesbezüglich an konkreten Vorschlägen. Schlussendlich muss aber der österreichischen und europäischen Politik bewusst sein: Nationale Maßnahmen können nur dann ihre vollständige Wirkung entfalten, wenn international fairer Wettbewerb herrscht und Märkte geöffnet werden. Exportfördernde Maßnahmen ohne Handelsabkommen wirken nur eingeschränkt.



ZUR PERSON

Karin Exner-Wöhrer ist Vorstandsvorsitzende des Familienunternehmens SAG Salzburger Aluminium Group. Seit 2020 leitet sie den IV-Ausschuss für Europa und Internationale Märkte. Auf der Agenda stehen hier unter anderem die Analyse politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen wesentlicher Wirtschaftsräume (z.B. USA, China, Russland) und von Regionen mit steigender Bedeutung (etwa Afrika, ASEAN) sowie Ableitungen für die heimische Industrie. Ein weiterer Schwerpunkt ist die EU-Politik.



Was bei der Ökologisierung des Steuersystems beachtet werden muss

Die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das gilt es bei der nächsten Steuerreform zu stärken – im Interesse von Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit.

Sie zählt zu den großen Projekten der türkis-grünen Bundesregierung: Bis zum Herbst sollen die Eckpunkte der Ökosteuerreform stehen und im ersten Quartal des kommenden Jahres umgesetzt werden. Das Regierungsprogramm kündigte bereits vor der Corona-Krise eine Reform an, die „aufkommensneutral klimaschädliche Emissionen wirksam bepreist und Unternehmen sowie Private sektoral entlastet“. Berücksichtigt werden soll dabei auch „die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts“. Und genau dieser Aspekt ist entscheidend für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg der Maßnahmen, die aktuell verhandelt werden.

Industrie hat bereits CO₂-Abgabe

Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Österreich schon jetzt im internationalen Vergleich sehr hohe Umweltsteuern einhebt. Von der Mineralölsteuer über den Altlastenbeitrag bis zur Landschaftsschutz-, Naturschutz- und Baumschutzabgabe: Das Aufkommen aus umweltrelevanten Abgaben beläuft sich auf beinahe 10 Mrd. Euro bzw. 3 Prozent des BIP. Im EU-Vergleich



befindet sich Österreich damit im oberen Drittel. Auch die Abgaben für Unternehmen auf Energie liegen hierzulande deutlich über dem EU-Schnitt – Strom wird in lediglich drei EU-Staaten noch höher besteuert.

Dies gilt es bei der Debatte über neue oder zusätzliche CO₂-Preise zu berücksichtigen. Ebenso wie die Tatsache, dass die Industrie als einziger Sektor der Volkswirtschaft bereits seit Jahren eine CO₂-Abgabe zahlt. Mehr als 80 Prozent der österreichischen Industrieemissionen sind im EU-Emissionshandelssystem (ETS) erfasst. Ob Stahl-, Zement- oder

Papierindustrie bzw. Stromerzeuger und Luftfahrt – sämtliche energieintensive Industriezweige leisten im ETS bereits einen direkten Beitrag pro Tonne CO₂ und dürfen daher im Zuge einer Ökosteuerreform keinesfalls doppelt belastet werden.

Energieabgabenrückvergütung sicherstellen

Zudem plädiert die IV für die rechtliche Sicherstellung der Energieabgabenrückvergütung. Dabei handelt es sich um eine eingezogene Grenze bei der Energieabgabe, die energieintensive Betriebe entlastet.

Ohne dieses Instrument würden sich die Energiekosten etwa für die Papierindustrie beinahe verfäccheln. Darauf setzen übrigens auch „Klima-Musterländer“ wie Schweden oder Dänemark, wo industrielle Prozesse bei der Stromsteuer lediglich dem EU-Mindeststeuersatz von 0,5 Euro je Megawattstunde unterliegen oder großteils von der Energiebesteuerung befreit sind. Die dänische CO₂-Steuer wird annähernd zu 100 Prozent rückvergütet.

Im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes spricht sich die Industrie zudem für eine Zweckwidmung für erhöhte Einnahmen aus Ökoabgaben aus: Diese sollten direkt in Forschung & Entwicklung (z.B. ICT für Green oder Energienetze), in erneuerbare Energieinfrastruktur oder in Investitionen der Unternehmen, die eine klimapolitische Transformation ermöglichen, fließen. Insgesamt braucht es eine sachliche und vor allem ideologiefreie Debatte für ein Steuersystem, das wirksamen Klimaschutz und wettbewerbsfähiges Wirtschaften stärkt. Nur dann kann das Leuchtturmprojekt der Bundesregierung ein Erfolg werden.

AKTUELLES IN KÜRZE

Aufruf zu Zusammenhalt auf letzten Metern der Pandemie

Die Corona-Pandemie hat uns allen – Menschen wie Unternehmen – in den vergangenen Monaten alles abverlangt und viele hatten das Gefühl, dass kein Ende in Sicht ist. Um jetzt, wo endlich der Aufschwung in greifbarer Nähe ist, ein deutliches Zeichen der Zuversicht zu setzen, riefen IV-Präsident Georg Knill, die Direktorin der Diakonie Österreich, Maria Katharina Moser, der Präsident der Caritas Österreich, Michael Landau, und der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Gerald Schöpfer, in einem gemeinsamen Videostatement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Erklärtes Ziel der Social Media-Initiative ist es, den Menschen zu zeigen, dass wir als Gestalter der Krise agieren können und gemeinsam die letzten Meter dieses Marathons noch überwinden werden.

Österreich hat bewiesen, dass es mit Krisen umgehen kann. Doch wie geht es jetzt weiter? Durch die Beschreitung neuer Wege können wir als Gesellschaft gestärkt aus der



Krise hervorgehen. Jetzt geht es darum, noch einmal alles zu geben und durchzustarten. „Das erfordert Mut, Zuversicht und Stärke. Wir haben diese Qualitäten und wir brauchen sie, um diese Krise zu überwinden.“

Um als Gesellschaft und Wirtschaft wieder zu wachsen. Und, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten“, erklärte IV-Präsident Knill. Das Video-Statement finden sie auf dem IV-Youtube-Kanal.

Quereinstieg in Lehrberuf soll erleichtert werden

Ein aus IV-Sicht zukunftsweisendes Reformpaket wird aktuell auf den Weg gebracht: der Quereinstieg in den pädagogischen Beruf. Bisher nur in der Berufsbildung bzw. berufsbildenden Schulen möglich, soll dies nun auch in Krippen, Kindergärten, AHS-Unterstufen und Mittelschulen kommen. Für die Industrie nähert sich damit ein seit vielen Jahren wichtiges Anliegen der Umsetzung. Nicht nur aus Sicht des quantitativen Bedarfs wegen der kommenden Pensionierungswelle. Sondern auch aus dem Blickwinkel eines notwendigen Impulses für das System von außen. Denn Personen aus Wirtschaft und Industrie (oder anderen Berufsfeldern) bringen neue

Sicht- und Herangehensweisen und damit auch mehr Diversität in den Beruf.

Im Begutachtungsverfahren waren für die Industriellenvereinigung besonders wichtige Punkte: den Quereinstieg in die Elementarpädagogik für die Weiterentwicklung des tertiären Studienangebotes zu nutzen; auch die Volksschule für den Quereinstieg zu öffnen; die Voraussetzungen (facheinschlägiges Studium, Berufspraxis) insgesamt nicht zu restriktiv anzulegen. Die faire Anrechnung der Vordienstzeiten aus der Privatwirtschaft – nur so wird es gelingen, genügend qualifizierte Menschen für den Quereinstieg zu gewinnen.



IV-BUCHTIPP



Wie Unternehmen erfolgreich Start-ups entwickeln

Company Building steht für die Umsetzung von disruptiven Innovationsprojekten außerhalb bestehender Unternehmensstrukturen – mit eigens dafür ins Leben gerufenen Start-ups. Im Buch zeigt unter anderem gruppe1031-Mitglied Lukas Meusburger praxisnah alle Phasen eines typischen Company Building-Projektes. Zudem bietet es Innovationsmanagern, Geschäftsführern und Unternehmern erprobte Methoden, Tools und Handlungsempfehlungen. Anhand von realen Company Building-Beispielen von Firmen erfährt der Leser konkret, welche Vorteile diese Methode bietet, aber auch wo die Grenzen liegen.

Company Building – Wie Unternehmen erfolgreich Start-ups entwickeln, 216 Seiten, Carl Hanser Verlag, München 2021, ISBN 978-3-446-46742-2

Mit Hotspots für Open Innovation aus der Krise

Im Gespräch mit den iv-positionen appelliert gruppe1031-Präsident Philipp Bousa an die heimischen Unternehmen für stärkere Zusammenarbeit bei Innovation, um die Krise als Chance zu nutzen.

Lieber Philipp, die gruppe1031 beschäftigt sich gerade intensiv mit dem Thema Innovation, warum?

Wir sind überzeugt, dass eine Rückkehr zur alten Normalität ohne Innovation nicht reichen wird. Um gestärkt aus dieser Krise zu kommen, sollten wir uns ein Beispiel an Orten wie dem Silicon Fen in England, Israel oder Shenzhen in China nehmen. Wir sollten strategisch themenspezifische Cluster je Bundesland aufbauen, z.B. in den Bereichen Autonomous Driving, Hydrogen/Fuel Cell, Quantum Computing, Legal Tech/Reg Tech. Dazu brauchen wir einen Schulabschluss ambitionierter Unternehmen mit Investoren und Bildungseinrichtungen sowie die politische Unterstützung etwa bei Bürokratieabbau und Steuer- bzw. Investitionsbegünstigungen.

Das klingt ambitioniert, lässt sich das in der Form umsetzen?

Die einfache Antwort ist ja, und es gibt schon funktionierende Ansätze dafür in Österreich, etwa das IST Austria in Klosterneuburg. Aber Veränderungen beginnen im Kopf, in diesem Fall konkret mit einem Mindset-Shift Richtung „Open Innovation“. Gemeinsam mit den gruppe1031-Experten Stefan Artner (Dorda Rechtsanwälte/Aubmes Invest)



INFORMATION

Die gruppe1031 ist das unabhängige Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte bis 50 Jahre in der Industriellenvereinigung. Der Themenschwerpunkt liegt neben Entrepreneurship aktuell bei Innovation, Cyber Security, Standortpolitik und neuen Wegen der Unternehmensfinanzierung. Mag. (FH) Philipp Bousa ist seit 2019 Präsident der gruppe1031, ebenfalls seit 2019 leitet er das CIO & Digital Office der OMV AG.

und Harald Kollmann (WU Wien) haben wir festgestellt, dass unternehmensübergreifende und internationale Zusammenarbeit geeignete Betreibermodelle und mit Methodenkompetenz ausgestattete Moderatoren erfordert, wie etwa Service Design, Accelerator-Programme oder Company Building. Involvierte Studierende sorgen für nötige objektive Outside-in-Perspektiven und die notwendigen Skills von morgen.

Sollte eine solche Initiative von der Politik angestoßen werden?

In erster Linie richtet sich unser Appell an

alle österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer: Formieren Sie sich in Initiativgruppen zwecks gemeinsamer Arbeit an Innovationsprojekten mit klarem Fokus auf die Kernkompetenzen österreichischer Wirtschaftstreibender und auf die Vernetzung mit dynamischen Jungunternehmen. Ein innovativer Staat sollte landes- und themenspezifische Orte der Vernetzung schaffen und für die notwendigen Investitionen in Bildung, von der Lehre bis zum postgraduellen Studium, sorgen. Steuervorteile für involvierte Unternehmen und Arbeitnehmer (!) wären eine lohnende Investition in die Zukunft.



Comeback im Herbst

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, aber die Anzeichen für eine Rückkehr der Normalität im Herbst mehren sich.

Zuallererst eine persönliche Anmerkung: Vergangenen Oktober wurde ich zum Bundesvorsitzenden gewählt – eine an und für sich schöne Sache, aber der negative Beigeschmack bei mir war groß. Denn im Normalfall findet der Übergang des Bundesvorsitzes im Rahmen der Bundestagung statt. Im Herbst habe ich das bedauert. Inzwischen empfinde ich das Fehlen jeglicher Veranstaltungen oder sonstiger Events geradezu als bremsend.

Netzwerken ist mehr als nur „neue Leute kennenlernen“. Durch den Austausch mit anderen entstehen auch neue Ideen, kreative Ansätze, ob nun für das eigene Unternehmen, die Vereinsarbeit oder das Privatleben. Wir Menschen sind nun einmal ein Herdentier und inzwischen ist bei allen bemerkbar, wie sehr wir unter dem Fehlen sozialer Kontakte gelitten haben.

Umso mehr freut es auch alle, dass sich die Anzeichen für eine Entspannung der Lage mehren. Daher freuen wir uns auch schon sehr auf ein Comeback der Jungen Industrie als lebendiges Netzwerk im Rahmen der heurigen Bundestagung. Netzwerken mit Hirn, frei und unbekümmert, wenn auch sicher noch mit Vorsicht.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-UPDATE

Bundestagung 2021: Die JI-NÖ/Bgld. lädt nach KREMS

Nach der Corona-bedingten Absage im Vorjahr soll das bundesweite JI-Event vom 7. bis 9. Oktober in KREMS stattfinden.

Unter dem Motto „grenzenlos“ werden einige der im Vorjahr geplanten Programmpunkte der JI-Bundestagung nachgeholt: So etwa die Besichtigung des AKW Zwentendorf oder die Schifffahrt am Freitagabend in die Wachau.

Wie „grenzenlos“ Technologie sein kann, können die JI-Mitglieder unter anderem im eVRyLab der FH KREMS austesten. Dieses ermöglicht einen grenzenlosen Bewegungsfreiraum in virtuellen Welten. Darüber hinaus plant das Vorstandsteam der

JI-NÖ/Bgld. aber auch neue Programmhilights – schließlich hat sich die Welt seit März 2020 maßgeblich verändert. Insgesamt werden bis zu 150 JI-Mitglieder aus ganz Österreich bei der Bundestagung erwartet. Die Einladung inklusive Anmeldeöglichkeit wird voraussichtlich im Juli verschickt.

Achtung: Die im Vorjahr abgesagte Bundestagung war nach Versand der Einladung relativ schnell ausgebucht. Auch heuer gilt: First come, first serve!



Ein Highlight auf der JI-Bundestagung: Die für Freitag, 8. Oktober, geplante Schifffahrt in die Wachau.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): SAG, Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/Felicitas Matern, IV-Kärnten/Green-Tech-Cluster, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Stock, IV-Salzburg/HAGLEITNER HYGIENE INTERNATIONAL GmbH/Scheuringer Mathias, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Positive Wachstumsprognosen für die Steiermark

Im Gespräch mit den iv-positionen sieht IV-Chefökonom Christian Helmenstein das Bundesland am Weg unter die österreichischen Top-Performer. Ein idealer Branchenmix und hohe Kompetenz bei Digitalisierung und Technologie kommen der steirischen Industrie dabei zugute.



Die Steiermark war zu Beginn der Pandemie aufgrund ihrer starken Exportorientierung ungleich stärker getroffen als andere Bundesländer. Wie sieht das Bild heute aus?

Die starke Präsenz steirischer Unternehmen auf den internationalen Märkten führte in der Tat zunächst zu einer überdurchschnittlichen Betroffenheit aufgrund von Lieferkettenstörungen. Die Rückgänge in der Industrieproduktion in der Steiermark erreichten dabei sogar das zweithöchste Ausmaß unter allen österreichischen Bundesländern. Dabei war aber nicht nur der ausgeprägte Exportanteil von Relevanz, sondern auch die spezifische Branchenorientierung, insbesondere im Hinblick auf die Automobilzulieferindustrie. Der pandemiebedingte Negativausreißer in dieser Branche wurde inzwischen nicht nur zur Gänze kompensiert, sondern die Automobilzulieferindustrie liegt österreichweit bereits jetzt deutlich oberhalb des Vor-COVID-Niveaus, dementsprechend positiv fallen auch die Wachstumsprognosen für die Steiermark aus.

Eine weitere Branchenkompetenz der Steiermark mit hoher Unternehmensdichte ist der Maschinen- und Anlagenbau. Neben der metallbe- und -verarbeitenden Industrie zählte diese Branche bis zum Jahreswechsel

zu den Nachzählern in Sachen Erholungsdynamik. Infolge der Investitionsprämie dreht sich dieses Bild derzeit. Insgesamt korrespondiert mit der Investitionsprämie ein im Inland nachfragewirksames Investitionsvolumen von 22 Mrd. Euro österreichweit – auch hier profitiert die Steiermark überproportional aufgrund ihrer ausgeprägten Industrieorientierung und dank der hohen branchenspezifischen Kompetenz.

Die Episode der vorübergehend überdurchschnittlichen Negativbetroffenheit durch COVID-19 sollte daher keinesfalls zu dem Fehlschluss verleiten, vom Pfad abzuweichen, die Steiermark auch weiterhin als ein wissensbasiertes, technologieorientiertes Bundesland par excellence zu positionieren. Ganz im Gegenteil – schon in den Jahren vor der Corona-Pandemie zählte die steirische Industrie zu den Top-3-Performern unter den österreichischen Bundesländern und führte teilweise sogar das innerösterreichische Ranking an. Nach der COVID-Krise wird es den steirischen Unternehmen gelingen, dynamisch an diese Vorreiterposition anzuknüpfen.

Mit dem Wissen um die Re-Startfähigkeit der Industrie ließe sich für die Steiermark schon von einem nahezu idealen Branchenmix sprechen. Bekanntermaßen hat COVID-19 in Sachen Digitalisierung einen enormen Schub ausgelöst. Als besonders förderlich kommt somit noch hinzu, dass die Steiermark auch unter den Top-3-Bundesländern in puncto Digitalisierung und IKT-Kompetenz rangiert, was wiederum auf den Mikroelektronik-Fokus zahlreicher Akteure zurückzuführen ist.

Bereits vor der Krise hat die IV gewarnt, dass der Fachkräftemangel zur Wachstumsbremse werden kann. Nun verfestigt sich diese Befürchtung. Wie kann hier gerade auch in der Steiermark gegengesteuert werden?

Generell haben die Industrieunternehmen alles darangesetzt, ihre (hoch)qualifizierten Beschäftigten zu halten, wohl wissend, dass der Zugang zu Humankapital der ent-

scheidende Produktionsfaktor im 21. Jahrhundert sein wird. Im vierten Quartal 2020 verzeichnete das IV-Konjunkturbarometer bundesweit trotzdem noch einen leichten Überhang an Unternehmen, die sich gezwungen sahen, Beschäftigung abzubauen im Vergleich zu jenen, die schon seinerzeit Beschäftigung aufzubauen beabsichtigten. Doch bereits im ersten Quartal 2021 hat sich das Bild gedreht. Derzeit sieht sich lediglich noch jedes 33. Unternehmen österreichweit gehalten, Beschäftigte abzubauen, während bereits jeder dritte Industriebetrieb Beschäftigung aufzubauen versucht. Der Fachkräftemangel wird damit binnen weniger Monate wieder schlagend werden und droht zunehmend zur Wachstumsbremse zu werden, die durch Produktivitätssteigerungen mittels Rationalisierungsinvestitionen nicht zur Gänze wettgemacht werden kann. Die Steiermark wird davon besonders betroffen sein, da sie zu den Bundesländern mit dem stärksten Erholungsszenario zählt.

Prospektiv ist die Frage zentral: Wo werden sich Unternehmen zukünftig ansiedeln oder expandieren? Die Antwort darauf lautet: Dort, wo die Verfügbarkeit von Fachkräften als gewährleistet angesehen wird. Diesbezüglich ist die Steiermark mit ihren Bildungseinrichtungen hervorragend positioniert, aber hierbei handelt es sich um eine Status-quo-Betrachtung. Der Wettbewerb um Fachkräfte, insbesondere mit MINT-Kompetenzen (einschließlich Digitalisierung), wird sich noch weiter intensivieren. Andere Standorte, mit denen die Steiermark durchaus im Ansiedlungswettbewerb steht, werden daher alles daran setzen, ihre jeweiligen Bildungseinrichtungen auszubauen, sodass der Wettbewerb um die besten Köpfe und geschicktesten Hände nicht nur auf der Ebene der Unternehmen, sondern auch auf der Ebene der Bildungseinrichtungen ausgeglichen werden wird. Die tertiäre MINT-bezogene Ausbildung in der Steiermark gilt es daher ebenfalls konsequent zu stärken, nicht nur durch eine entsprechende finan-

zielle Dotierung, sondern auch durch eine weiter intensivierte nationale und internationale Vernetzung der betreffenden Institutionen sowie die Implementierung von Exzellenzinitiativen dortselbst.

Corona hat die Digitalisierung beschleunigt und deren Chancen einmal mehr verdeutlicht. Welche Maßnahmen gilt es heute auch auf Landesebene zu setzen, um mit den Entwicklungen Schritt halten und die Wettbewerbsfähigkeit steirischer Betriebe sicherstellen zu können?

In diesem Zusammenhang ist die flächendeckende Ausstattung mit Breitbandinfrastruktur und eine stabil hohe Stromqualität von wesentlicher Bedeutung. Die Erhöhung der Netzgeschwindigkeit um den Faktor 2,5 in den kommenden drei Jahren wurde unlängst von der IV-Steiermark thematisiert, anzustreben ist ein Vorziehen des Ausbaus auf 2024. Die Verfügbarkeit von Breitband ist geradezu zu einem notwendigen, aber für sich genommen noch keineswegs hinreichenden Standort-Asset geworden: Wo Breitbandinfrastruktur fehlt, geht die Wettbewerbsfähigkeit verloren. Eine hochsensible digitale Produktionsumgebung erfordert zudem eine erstklassige Infrastruktur bei den Übertragungs- und Verteilnetzen. Hier hat die Steiermark bereits eine gute Position erreicht, die es durch Investitionen, wie sie derzeit geplant sind, angesichts eines wachsenden Anteils der Energieeinspeisung aus volatilen Quellen und zunehmenden naturräumlichen Risiken laufend abzusichern gilt.

Digitalisierung beschränkt sich aber freilich nicht auf die Hardware-Ausstattung. Die Transformation muss auch in Prozessen, konkret in jenen der öffentlichen Verwaltung, rascher vorangebracht werden. Insbesondere sind die digitalen Schnittstellen zwischen der Verwaltung und den Unternehmen teilweise erst zu schaffen, jedenfalls aber auszubauen, um im Wettbewerb mit anderen Standorten mithalten zu können.

Jl-Lösungspapier zu Vereinbarkeit und Kinderbetreuung

Die Steiermark ist bei der Kinderbetreuung und -bildung solide aufgestellt, aber definitiv nicht Spitzenreiterin. Bei den Indikatoren zu Betreuungsquote, Öffnungszeiten und Schließtagen fällt das Bundesland im Österreichvergleich deutlich ab.

Die Junge Industrie sieht in flexibler Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einem zeitgemäßen Kinderbetreuungsangebot nicht nur ein Standort-Asset, sondern auch eine erhöhte Chancengleichheit für Kinder, die ein Recht auf Bildung haben. Das Netzwerk hat daher in den vergangenen Monaten einen umfassenden Prozess gestartet, Zahlen verglichen und sich mit Eltern, Pädagogen, Forschern, Politikern und

Vorreitern ausgetauscht. Das Ergebnis sind Lösungsideen in neun Themenbereichen, darunter Maßnahmen, die das Matching von Angebot und Nachfrage digital ausgestalten, für mehr Budgettransparenz und damit Vergleichbarkeit sorgen oder das Gemeindegelddenken aufweichen. Die Vorschläge wurden medial, aber auch in persönlichen Gesprächen präsentiert und laufend in die politische Diskussion eingebracht. Hier ein Auszug der Jl-Lösungsvorschläge:



New Urgent

Ende Mai begab sich die steirische Landesregierung in eine Klausur. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Revision des im Spätherbst 2019 beschlossenen Regierungsprogramms. Diese „Agenda Weiß-Grün“ war ein gutes Programm – und ist es auch heute noch, trotz anderer Rahmenbedingungen und Voraussetzungen durch Corona. Die im Programm angesprochenen Inhalte und Ziele gelten auch nach der Pandemie. Was sich aber geändert hat, ist die Dringlichkeit: es herrscht ein „New Urgent“ in bestimmten Themenfeldern.

Eines davon ist die Digitalisierung. Wirklich jedem Menschen wurde im Laufe der vergangenen Monate bewusst, wie unendlich vorteilhaft es ist, die digitale Welt nutzen zu können. Ob in der Arbeitswelt (Stichwort Homeoffice), in der Bildung, in der Verwaltung oder ganz besonders in der Produktion.

Eine Regierung, die ihre Region für diese neue, digitale Realität rüsten will, muss für die substanzielle breite Anwendung digitaler Möglichkeiten die Grundlage schaffen. Für die kommenden Monate und Jahre kommt daher dem Ausbau einer zeitgemäßen und zukunftsgerichteten digitalen Infrastruktur die zentrale Rolle für die weitere Entwicklungsmöglichkeit der Steiermark zu.

Die industrielle und technologische Basis in der Steiermark ist gut. Unternehmen haben in den vergangenen Jahren maßgeblich in Forschung, Produktion und Digitalisierung investiert. Und sind willens, dies auch weiter zu tun. Es ist aber keine Selbstverständlichkeit, dass die dafür nötigen Mittel an bereits bestehenden Standorten eingesetzt werden. Investitionen in KI- oder AR/VR-Anwendungen sind nur dort zu rechtfertigen, wo in naher Zukunft gigabitfähige Daten-Infrastrukturen zu erwarten sind. Die Steiermark steht dabei im Wettbewerb, muss sich mit den besten und attraktivsten Regionen der Welt messen (können) – und sich dieser Anforderung auch bewusst sein. Wie es der deutsche Kolumnist Gabor Steingart so trefflich auf den Punkt gebracht hat: „Um sich selbst zu erkennen, schauen die Eitlen in den Spiegel – und die Klugen über den Gartenzaun.“

Gerade der internationale Vergleich macht klar, dass die Steiermark (wie auch Österreich) eine deutliche Beschleunigung des Breitbandausbaus braucht.

Ihr

Stefan Stoltzka,
Präsident der IV-Steiermark

Höhere Betreuungsquote durch Ausbau, flexible Betreuungszeitmodelle und geteilte Plätze

Für mehr Elementarbildungsangebote der unter Dreijährigen soll bis 2023 ein Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen, ganztägigen, ganzzahligen sowie leistbaren Elementarbildungsplatz für alle Kinder ab dem 2. Geburtstag und bis 2025 ab dem 1. Geburtstag in der Steiermark eingeführt werden. Damit dies gelingt, können neben dem generellen Ausbau zusätzlich auch Elementarbildungsplätze geteilt werden.

Grenzen überwinden und Kompetenzen neu denken

Gemeindegelddenken verhindert Flexibilität und Kooperationsprojekte von Gemeinden sind noch immer die Ausnahme. Werden die Agenden auf Landesebene gebündelt, gelingt mehr Kostentransparenz und -effizienz, mehr Bedarfstransparenz und ein besseres

Angebot für Kinder wie Eltern. Langfristig soll die Übernahme der Elementarbildung in Bundeskompetenz angestrebt werden. Kurzfristig unterstützt die Einführung der Sozialstaffel bei Kinderkrippenplätzen.

Digital ist normal – auch bei der Betreuungsinfrastruktur

Eine digitale Plattform schafft tagesaktuell und in der ganzen Steiermark eine rasche Vernetzung von Angebot und Nachfrage.

Attraktive Arbeitsplätze für Pädagogen

Das gemeinsame Handeln von Bund und Ländern bei einer Ausbildungsoffensive für Pädagogen muss weiter vorangetrieben werden und der Qualifikationsmix aus post-sekundärer, tertiärer Ausbildung sowie Quereinsteigern geschaffen werden.

Nachmittage auch am Land bedienen

Umfassendere Öffnungszeiten schaffen in Stadt und Land mehr Elementarbildungsplätze und eine höhere Flexibilität für Familien. Für Schüler wird eine weitestgehend verschränkte Ganztagschule angestrebt.

Rechtlichen Rahmen vereinfachen und Anreize für Partnerschaftlichkeit schaffen

Zuverdienstgrenzen abschaffen und dadurch

den Wiedereinstieg erleichtern sowie ein automatisches Pensionssplittung ohne Schlechterstellung eines Elternteils etablieren.

Industrie als Vorreiterin

Ein eigener Karenz-Vertretungspool unterstützt Betriebe wie Beschäftigte. Die Kommunikation von Best Practice Beispielen rund um Jobsharing und Top-Sharing animiert zum Nachahmen.

Zu Risiken und Nebenwirkungen langer Karenz- und Elternteilzeiten aufklären

Nicht nur das Bewusstsein für 50:50 gilt es zu schärfen, sondern auch jenes der Frauen für die finanziellen und karrieretechnischen Risiken und Nebenwirkungen langer Karenz- und Elternteilzeiten. Gender-Pay-Gap, Einbußen bei der Pension und Altersarmut sind Risiken für Frauen und als solche von der Politik, aber auch ihnen selbst zu thematisieren.

Neue Wege gehen und in Generationen denken

Neben der notwendigen Betreuung von Kindern kommt im Laufe des Lebens auch die Betreuung älterer Familienmitglieder hinzu. Generationenzentren ermöglichen Synergieeffekte.

WEBTIPP

Alle Lösungsideen im Detail finden Sie hier:

<https://qrqo.page.link/PtW2J>





WELCOME ON BOARD

Mettop GmbH

Die Firma Mettop GmbH wurde 2005 von Iris und Andreas Filzwieser gegründet. Der Unternehmensgegenstand ist die Prozessoptimierung in der Nichteisenmetallindustrie. Im Jahre 2007 wurde ein Verfahrenspatent im Bereich der Kupferelektrolyse (Mettop-BRX-Technology) angemeldet. Das Verfahren selbst wurde bereits 2009 in Österreich und 2011 in China großindustriell umgesetzt. Im Bereich der Pyrometallurgie wurde ein neuartiges Kühlsystem entwickelt, welches die Nachteile der heutigen Systeme mit Hilfe einer neuen Kühlflüssigkeit, einer ionischen Flüssigkeit, überwindet. Das 2009 patentierte Verfahren wird seit 2015 industriell eingesetzt und erhöht die Sicherheit der pyrometallurgischen Aggregate auch in der Eisen- und Stahlindustrie.

Neben der Prozessoptimierung und damit verbundenen Beratungstätigkeit liefert Mettop auch Produkte in die Nichteisenmetallindustrie. Feuerfeste Ausmauerungen,

Kupferkühlelemente und kleinere Ofenanlagen werden in der eigenen Konstruktionsabteilung berechnet und gezeichnet. Diese Produkte werden zugekauft und gehandelt. Im Herbst 2019 beteiligte sich das Unternehmen mit 32,5 Prozent an der spanischen Gießerei Welding Copper, um die Fertigung der Kupferkühler zu optimieren, die Einsatzstoffe über Recycling zu erzeugen und durch die ILTEC Kühlung in der Fertigung einen Wettbewerbsvorteil zu generieren.

Forschungsbereiche waren und sind einerseits die Prozessentwicklung im Bereich des Metallrecyclings. In diesem Bereich wurde ein Verfahren entwickelt, das dazu führte, dass man diesen Bereich in eine eigene Tochterfirma auslagerte. Im Jahr 2014 wurde die Firma UrbanGold GmbH gegründet und das Verfahrenspatent angemeldet. Der nächste große Forschungsbereich ist die Prozessoptimierung, basierend auf der Digitalisierung aller Bereiche einer Wertschöpfungskette.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie hier:
www.mettop.com
www.urbangold.at



AKTUELLES IN KÜRZE

Junior Companies gekürt

Wie bereits 2020 fand auch dieses Jahr der „Junior Steiermark“ Landeswettbewerb im virtuellen Raum statt. 12 Junior Companies aus 7 Schulen traten beim digitalen Bewerb an und bewiesen in ihren Geschäftsberichten, dem Pitch-Video und live im Juryinterview ihr unternehmerisches Potenzial und Know-how.

Dabei waren die Teams dieses Jahr mit besonders schwierigen Bedingungen konfrontiert – und meisterten die Her-

ausforderung mit viel Kreativität. Statt Handelsmessen und Verkaufsständen bei Schulveranstaltungen setzten sie auf Onlineshops und Social Media-Kampagnen.

Die ersten drei Plätze gingen diesmal in die Obersteiermark:

- 1. Platz: Lazy Bowl Junior Company (HAK Liezen)
- 2. Platz: My solution Junior Company (BG/BRG Stainach)
- 3. Platz: POXS Junior Company (SkiAkademie/HAK Schladming)

Virtuelle Lehrstellenbörse mit 35 Betrieben und 130 offenen Lehrstellen

Mit einem Klick zum sicheren Lehrplatz: Das AMS Steiermark und die Plattform „Die Industrie“ brachten auch in diesem Jahr wieder steirische Industriebetriebe und Lehrstellensuchende zusammen. Bei den drei Online-Lehrstellenbörsen „start-YOURfuture – Deine Lehre in der Industrie“ präsentierten 35 Industrie-Unternehmen aus der ganzen Steiermark sich und ihre mehr als 130 offenen Lehrstellen interessierten Jugendlichen. Die Firmen standen per Chat für Fragen

zur Verfügung und Termine für Bewerbungsgespräche konnten direkt vereinbart werden.



Strahlende Gewinner beim TRIGOS Steiermark 2021

Am Montag, den 7. Juni 2021 wurden vier verantwortungsvolle Unternehmen mit dem von der BKS Bank initiierten begehrten Nachhaltigkeitspreis in der Alten Universität in Graz ausgezeichnet. 35 Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen haben eine Einreichung beim TRIGOS Steiermark vorgenommen. Zusätzlich vergab die Jury einen Sonderpreis.

Mit dem TRIGOS Steiermark ausgezeichnet wurden:

- Stoelzle Oberglas GmbH in der Kategorie Klimaschutz
- Horn GmbH in der Kategorie Regionale Wertschöpfung
- Zotter Schokolade GmbH in der Kategorie Vorbildliche Projekte
- Invenium Data Insights GmbH in der Kategorie Social Innovation & Future Challenges

Die Industriellenvereinigung Steiermark gratuliert ihrem Mitglied Stoelzle Oberglas GmbH mit dem Projekt „Prestige Recycling Glas“ zum 1. Platz.

